

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (6. Jahrgang, Nr. 1, Januar 2012)

Jahreslosung 2012:

Jesus Christus spricht: Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.

2. Korinther 12,9

Zwölf Millionen Menschen sind arm in Deutschland

Sozialverband fordert Steuern auf große Vermögen.

Berlin - In Deutschland leben laut Armutsbericht 2011 zwölf Millionen armutsgefährdete Menschen. Der Aufschwung ist an ihnen vorbeigegangen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hält die Sozialpolitik der Bundesregierung für gescheitert.

"Armut hat sich festgefressen", sagt Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Denn der aktuelle Armutsbericht belegt die "Verhärtung der Armut auf außerordentlich hohem Niveau". An der Quote von 14,5 Prozent der Gesamtbevölkerung hat sich seit fünf Jahren fast nichts geändert. Die Armutsquote habe sich von der wirtschaftlichen Entwicklung "vollkommen abgekoppelt", kritisiert der Sozialverband. Angesichts eines "gigantischen Barvermögens" von 4,8 Billionen Euro müssten große Vermögen ab einer Million stärker besteuert werden. Schneider fordert, die Sozialleistungen um zwanzig Milliarden aufzustocken.

In Schleswig-Holstein zeigt sich wenig Bewegung in puncto Armut: Die Armutsgefährdungsquote lag im vergangenen Jahr bei 13,8 Prozent der Bevölkerung, vor fünf Jahren bei 13,3. Auch die Hartz-IV-Quote hat sich mit 10,5 Prozent kaum verändert. Das Land liegt damit im Vergleich der Bundesländer auf Platz fünf.

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 22.12.2011

Soziale Ungleichheit nimmt zu

Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich in Deutschland weiter. Laut einer aktuellen OECD-Studie verdienen die reichsten zehn Prozent der Deutschen im Jahr 2008 mit durchschnittlich 57.300 Euro fast acht Mal so viel wie die ärmsten zehn Prozent (durchschnittlich 7400 Euro). Die OECD erklärt die Entwicklung damit, dass es immer mehr Teilzeit- und Billigjobs gebe.

Aus „Hinz und Kunzt“, Januar 2012

Statistisches Bundesamt: Verdienste unter Mindestlohniveau für Vollzeitbeschäftigte sind in Deutschland weit verbreitet.

Wiesbaden/Lübeck – Das Friseurhandwerk in Schleswig-Holstein bezahlt deutschlandweit einen der niedrigsten Tariflöhne für Vollzeitbeschäftigte. Der geringste Verdienst liegt dort bei einem Stundenlohn von sechs Euro und damit deutlich unter dem in der Politik diskutierten allgemeinen Mindestlohn von acht Euro die Stunde, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mit. Sechs Euro werden außerdem im sächsischen Fleischerhandwerk gezahlt. Noch deutlicher unter dem Niveau liegt das Konditorienhandwerk in Bayern. Dort beginnt der Tarifverdienst bei 5,26 Euro je Stunde (Schleswig-Holstein: 7,23 Euro). Verbreitet seien niedrige Anfangsvergütungen auch im Hotel und Gastgewerbe: Die geringste Vergütung für Tarifbeschäftigte betrage in Brandenburg 6,29 Euro. In Gartenbaubetrieben in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen liegt der unterste tarifliche Stundenverdienst bei 6,50 Euro, in Brandenburg bei 6,46 Euro. Auch in weiteren Dienstleistungsbranchen gelten nach Angaben des Bundesamtes tarifliche Stundenverdienste von unter acht Euro je Stunde, wie im Einzelhandel (Schleswig-Holstein: 7,28 Euro) und dem Kraftfahrzeuggewerbe (Schleswig-Holstein, Bremen: 7,34 Euro). In der Kautschukindustrie (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen: 7,61 Euro) seien ähnlich niedrige Löhne vereinbart worden. Diese untersten Verdienstgruppen gelten laut der Statistik meist nur für gering Qualifizierte. Allerdings gebe es einige Branchen und Regionen, in denen auch Fachkräfte nur wenig verdienen: Beispielsweise liege der tarifliche Anfangsverdienst für Bäcker- und Konditorengesellen in Mecklenburg-Vorpommern bei 6,97 Euro, Friseurgesellen in Schleswig-Holstein verdienten pro Stunde lediglich drei Cent mehr. Derzeit gelten in Deutschland in zehn Branchen allgemeinverbindliche Mindestlöhne. Dabei liegt der Mindestlohn im früheren Bundesgebiet bei Wäschereidienstleistungen und größtenteils im Wach- und Sicherheitsgewerbe bei weniger als acht Euro je Stunde, wie das Bundesamt mitteilte. In den neuen Ländern würden acht Euro zudem bei Gebäudereinigern und in der Pflegebranche unterschritten.

aus: „Lübecker Nachrichten“ vom 30.12.2011

Immer mehr Arbeitslose rutschen direkt in Hartz IV

Analyse der Bundesagentur für Arbeit zeigt: Betroffen sind vor allem Leiharbeiter und geringqualifizierte. Ursachen sind Niedriglohn und befristete Beschäftigungen.

Kiel/Nürnberg – Immer mehr Erwerbslose sind nach dem Verlust des Jobs direkt auf Hartz IV angewiesen. Sie erhalten kein Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung, das sogenannte Arbeitslosengeld I (ALG I). Das zeigen interne Analysen der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der BA-Regionaldirektion Nord. Danach erhält in Schleswig-Holstein wie auch bundesweit jeder Vierte nach dem Jobverlust nur noch Arbeitslosengeld II (Hartz IV), das in der Regel deutlich geringer ausfällt als das am früheren Einkommen orientierte Arbeitslosengeld I.

Besonders häufig sind im Norden arbeitslos gewordene Zeitarbeiter und Beschäftigte im Gastgewerbe bei einem Jobverlust auf Arbeitslosengeld II angewiesen: knapp 50 Prozent der Zeitarbeiter und 23 Prozent der Mitarbeiter im Hotel- und Gaststättengewerbe. Bei gering Qualifizierten musste fast jeder zweite nach dem Jobverlust sofort Hartz IV beantragen, bei den Leiharbeitern in dieser Gruppe liegt der Anteil über 60 Prozent. Nach den Zahlen der Regionalagentur Nord waren in den vergangenen zwölf Monaten (Dezember 2010 bis Ende November 2011) von knapp 101 000 Menschen, die sich nach dem Jobverlust als erwerbslos gemeldet hatten, fast 26 300 auf Hartz IV angewiesen. Im November 2008 waren es nur gut 23 600. Bundesweit mussten von 2,8 Millionen neu Arbeitslosen 737 000 gleich Hartz IV beantragen.

Dass Arbeitslose direkt ins Hartz-IV-System abrutschen, hat nach den Worten von Horst Schmitt, Sprecher der BA-Regionaldirektion Nord, vor allem zwei Gründe: „Entweder war die Beschäftigungszeit zu kurz, um Ansprüche auf Arbeitslosengeld I zu erwerben. Oder der früher erzielte Lohn war zu niedrig, um mit dem Arbeitslosengeld den Bedarf zu decken, und der Betroffene muss mit Hartz IV aufstocken“, sagte Schmitt den LN. Das Arbeitslosengeld I erhält nur, wer innerhalb von zwei Jahren mindestens 12 Monate Beiträge in die Arbeitslosenversicherung bezahlt hat. Und bei Niedriglöhnen zwischen sechs und sieben Euro die Stunde, wie sie im Friseurhandwerk und Gartenbau, aber auch Ingenieur- und Architekturbüros sogar tariflich vereinbart sind, liegt das ALG I schnell unterhalb von Hartz IV.

Nach Ansicht einer BA-Sprecherin hat diese Entwicklung bei differenzierter Betrachtung auch eine positive Seite. Sie sei ein Hinweis dafür, dass immer mehr Hartz-IV-Betroffene inzwischen – wenn auch nur für eine Übergangszeit – eine Beschäftigung finden. Dank der guten Konjunkturlage bekämen so mehr Langzeitarbeitslose die Chance, Erfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln.

aus „Lübecker Nachrichten“ vom 30.12.2011

Diakonie trennt sich von Heim

Hannover.Ganderkesee (wk). Der Streit um die Arbeitsbedingungen in der Diakonie schlägt immer höhere Wellen: In Niedersachsen hat die Diakonie erstmals einen Altenheim-Betreiber wegen des Vorwurfs der Lohndrückerei ausgeschlossen, teilte das Diakonische Werk der hannoverschen Landeskirche gestern mit. Das Wichernstift betreibt ein Heim in Ganderkesee bei Bremen und soll die Namen der Mitarbeiter, die nicht zu einer Lohnkürzung bereit waren, am schwarzen Brett ausgehängt haben. Damit habe er dem Ansehen von Kirche und Diakonie geschadet, erklärte ein Diakoniesprecher.

Die Gewerkschaft Verdi kämpft bundesweit für eine Ablösung des kirchlichen Arbeitsrechts durch klassische Tarifverhandlungen. Bislang wird die Bezahlung bei Kirche und Diakonie über den sogenannten Dritten Weg bestimmt. Dabei verhandelt eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Kommission, ohne dass es ein Streikrecht gibt. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) pocht auf den Dritten Weg. Wegen des Gebarens des Wichernstifts hatten Mitarbeitervertreter der Diakonie Heuchelei vorgeworfen,

aus: „Weserkurier“ vom 06.12.2011

Für unser Thema „Prekäre Arbeitsverhältnisse in Kirche, Diakonie und Sozialarbeit“ (vgl. Info-Blatt 10/2009) suchen wir Praxiserfahrungen aus Diakonie und Sozialarbeit und u.a. Antworten auf folgende Fragen: Wie („sozial“/„christlich“) sehen Arbeitsplätze bei Euch aus? Was hat sich im Laufe Eures Arbeitslebens verändert? Braucht Ihr Unterstützung? Erfahrungen bitte an andreas.ehrich@arcor.de

Weise mir, Herr, deinen Weg; ich will ihn gehen in Treue zu dir.

(Monatsspruch Januar 2012 aus Ps 86,11)

Der Diakonische Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS) trifft sich am **Montag, 23.01. und Montag, 13.02.2012 jeweils von 18.00 – 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim „Weinberg“)**. Hierzu sind alle herzlich eingeladen.

Über Anregungen für das Info-Blatt und die Arbeit unserer Gruppe und über Kritik würden wir uns sehr freuen.

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg